

Der Druck auf den Bundesrat wächst

Das Verhältnis Schweiz-USA ist angespannt: Wirtschaftsinteressen kollidieren mit den Aufgaben als Hüterin der Menschenrechte. Fachleute und Politiker fordern, dass der Bundesrat endlich Stellung bezieht.

Man muss sich in Erinnerung rufen, was den USA vorgeworfen wird, um die Brisanz der CIA-Affäre nachzuvollziehen: Diese sollen Terrorverdächtige in Geheimgefängnisse nach Europa verlegt haben, um sie dort zu verhören, und zwar mit höchst umstrittenen Methoden.

Ertränken simulieren

So gilt laut dem Geheimdienstexperten der ETH Zürich, Daniele Ganser, als gesichert, dass die USA dabei auch «Waterboarding» anwenden. Dabei handelt es sich um ein inszeniertes Er-



Fordert den Bundesrat zum Handeln auf: Ernst Mühleemann.

tränken, das panische Reflexe auslöst. Normalerweise brechen die Befragten nach wenigen Sekunden zusammen. Was laut einem internen Rechtsgutachten des US-Justizministeriums als gerade noch zulässig beurteilt wird, wird in Westeuropa als Folter wahrgenommen. «Ich bin davon überzeugt, dass 90 Prozent der Schweizer Bevölkerung solche Methoden verurteilen, auch wenn es sich bei den Befragten um mutmassliche Terroristen handelt», ist Ganser überzeugt.

Dass die USA solche Geheimgefängnisse, im Fachjargon als «black sites» bezeichnet, betreiben, wird von ihnen zwar bestritten. Gilt aber laut Geheimdienstquellen als gesichert. In der Schweiz neu aufgeflammt ist die Diskussion über diese Affäre, nachdem der «Sonntagsblick» ein Geheimdienstpapier des hiesigen Nachrichtendienstes publiziert hat. Dieses bestätigt das Vorhandensein von «black sites» in mehreren osteuropäischen Staaten.

Affäre ist traktandiert

Erstmals nach dieser Veröffentlichung kommt der Bundesrat zusammen. An seiner heutigen Sitzung wird die CIA-Affäre thematisiert, so viel steht fest. Wie weit und ob die Landesregierung danach überhaupt informieren wird, ist allerdings noch unklar. Gegen eine detaillierte Information oder gegen eine Annahmung der USA, endlich Klartext zu reden, sprechen mehrere Gründe: Nebst der Tat-

sache, dass sich der Bundesrat nicht in die Karten schauen lassen will, wie sein Nachrichtendienst funktioniert oder welche Probleme dieser derzeit hat, steht die Angst um eine Verstimmung mit den USA im Vordergrund: Die Landesregierung will ein Freihandelsabkommen mit den USA vorantreiben. Dass ausgerechnet diese Woche eine US-Delegation zu diesem Zweck in der Schweiz weilt, verkompliziert die Angelegenheit noch zusätzlich.

Steigende Besorgnis

Indes wächst in der Schweiz die Besorgnis. Die aussenpolitische Kommission des Ständerates (APK) sieht die Glaubwürdigkeit der Schweiz gefährdet. Aber nicht etwa, weil diese als Hüterin der Genfer Konvention ins schiefe Licht geraten könnte, da sie zu wenig energisch wegen der Verletzung von Menschenrechten gegenüber den USA auftritt. Vielmehr machen sich die Aussenpolitiker Sorge um

die wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA.

Ganz andere Töne schlägt alt Nationalrat Ernst Mühleemann, ehemaliges Mitglied des Europarates, an: «Wenn die Schweiz glaubwürdig bleiben will, darf sie ihre Interessen nicht auf dem Altar der Menschenrechte opfern.» Der beschlagene Kenner internationaler Beziehungen fordert den Bundesrat auf, diese Affäre nicht auszusitzen. Ins gleiche Horn bläst der Schweizer CIA-Sonderermittler Dick Marty. Er erwartet, dass der Bundesrat «diese Machenschaften» verurteilt. Und ist erstaunt, dass er vom Bundesrat nicht über die publik gewordenen, aber offensichtlich längst bekannten Erkenntnisse des Nachrichtendienstes informiert wurde.

Derweil hat gestern nach der Militärjustiz auch noch die Bundesanwaltschaft ein Verfahren wegen des Infolecks im Schweizer Geheimdienst eröffnet. **GREGOR POLETTI**